



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit

Sozialer Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel
Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen

AUSSCHUSS FÜR DEN SOZIALEN DIALOG IM SEKTOR PERSONENBEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN

PROTOKOLL DER ARBEITSGRUPPENSITZUNG – 26. MÄRZ 2008

Vorsitzender: Herr Chris Boerland (Coiffure EU)

Vertreter der Kommission: Frau Anneli Sillanpää und Frau Bianca Busuioc (GD EMPL, F1)

1. Eröffnung der Sitzung und Annahme der Tagesordnung.

Chris Boerland eröffnet die Sitzung und begrüßt die Arbeitgebervertreter aus Deutschland, Malta und Slowenien sowie zwei Arbeitnehmervertreter aus Belgien, die erstmals an der Arbeit des Ausschusses teilnehmen. Anschließend erteilt er Bianca Busuioc das Wort, der neuen Vertreterin der Kommission für den Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen.

Bianca Busuioc stellt sich kurz vor und unterstreicht ihren Wunsch nach künftiger enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss.

2. Gemeinsames Übereinkommen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz und Umwelt

Chris Boerland fasst kurz die aktuellen Ergebnisse der Arbeit des Ausschusses zusammen und betont, wie wichtig es ist, die im Jahr 2001 mit dem Verhaltenskodex „How to get around?“ eingeleiteten Arbeiten weiter fortzuführen; außerdem weist er darauf hin, dass es dringend geboten ist, sich einen Überblick über den aktuellen Sachstand der Arbeitsbedingungen und kosmetischen Erzeugnisse, die in dieser Branche verwendet werden, zu verschaffen.

Italo Rodomondi wiederholt die Zusage von UNI-Coiffure, mit Coiffure EU in Gesundheits- und Sicherheitsfragen zusammenzuarbeiten, betont allerdings die Notwendigkeit, die Arbeit der Taskforce gezielter so auszurichten, dass konkrete Ergebnisse erzielt werden können. Er legt eine Liste mit Themen vor, die der Ausschuss in Zukunft bearbeiten soll, unter anderem die Einführung von Aspekten von Sicherheit und Gesundheitsschutz in den Ausbildungszeugnissen im Friseurberuf, die Erweiterung beruflicher Fähigkeiten in dieser Branche durch Einführung der europäischen Ausbildungsniveaus B und C, die Einführung einer „schwarzen Liste“ als Anlage zu den Kosmetikarichtlinien sowie weitere Punkte (seine Präsentation ist in französischer Sprache als Anlage beigefügt). Wie er betont, müssen konkrete Arbeiten zu den Arbeitsbedingungen in dieser Branche unternommen werden, insbesondere eine Risikobewertung und die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für Erwerb, Verwendung und Recycling der verschiedenen in diesem Beruf verwendeten Produkte. Außerdem verweist er darauf, dass die Sozialpartner in dieser Branche ihre eigenen Aufgaben selbst erledigen müssten und nicht erwarten dürften, dass sämtliche Lösungen von der EU kommen.

Chris Boerland betont die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme nationaler Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten der EU als Ausgangspunkt für die Arbeiten des Ausschusses im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz. Er erinnert die Teilnehmer daran, dass bei der vorherigen Sitzung im Januar 2008 beide Seiten eine echte Bestandsaufnahme der Arbeitsbedingungen (einschließlich der Verwendung und Behandlung von Chemikalien) in der Branche in sämtlichen Mitgliedstaaten der EU mit dem Ziel vereinbart hatten, im weiteren Verlauf Vorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz im Friseurberuf auszuarbeiten. Die Taskforce müsse eine Entscheidung über den künftigen Kurs ihrer Tätigkeit treffen.

Ray Seymour hält die Bestandsaufnahme ebenfalls für richtig und unterstützt die Idee eines von der EU finanzierten Projekts.

Italo Rodomonti ist ebenfalls der Ansicht, dass die Sozialpartner bei der Erhebung und Auswertung der Informationen Unterstützung benötigen, und ruft die Kommission auf, diese Arbeiten auszuführen.

Der deutsche Arbeitgebervertreter unterstützt die Idee einer Erhebung in EU-27, die von der Kommission durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang könnten die in Deutschland gesammelten Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Gewerkschaften als beispielhafte Verfahren betrachtet und dem Ausschuss vorgestellt werden.

Bianca Busuioc führt aus, dass im Rahmen der Haushaltslinie 04.03.03.01 des sozialen Dialogs ein Projekt vorgestellt werden könnte, das auch die Möglichkeit bietet, Teile der Arbeiten einer Hochschule oder einer anderen einschlägigen Forschungseinrichtung zu übertragen und sie mit der Erstellung der vorstehend erwähnten Bestandsaufnahme der Arbeitsbedingungen in allen EU-Mitgliedstaaten zu beauftragen.

Anneli Sillanpää erinnert daran, dass die Kommission den Ausschuss auf unterschiedliche Weise unterstützen könnte, unter anderem durch Kofinanzierung eines Projekts, dass aber die Kommission nicht zusichern könne, die Forschungsarbeiten auf Aufforderung der Sozialpartner hin durchzuführen.

Francois Laurent verweist auf die Vorteile der Branche (gleiche Arbeitsabläufe in sämtlichen EU-Mitgliedstaaten, Kleinunternehmen, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im gleichen Arbeitsumfeld arbeiten usw.) und betont die Bedeutung einer konkreten Analyse der Risiken, denen die Arbeitnehmer in diesem Beruf ausgesetzt sind. Für ein Projekt könnten daher folgende Ziele formuliert werden:

- Analyse der Arbeitsbedingungen im Beruf und Checkliste von Problembereichen in der Branche (verwendete Produkte, Allergien usw.)
- Bestandsaufnahme vorbeugender Maßnahmen, die bereits existieren bzw. in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU festgelegt werden
- Bestimmung beispielhafter Verfahren und Ausarbeitung von Schlussfolgerungen/Empfehlungen (auf der Grundlage der Bestandsaufnahme im Rahmen des Projekts) für vorbeugende Maßnahmen, die auf EU-Ebene beschlossen und umgesetzt werden sollen. Der Ausschuss für den sozialen Dialog verfüge über die Voraussetzungen, sich als starker Akteur für bessere Arbeitsbedingungen in dieser Branche einzusetzen. Diese Gelegenheit sollte genutzt werden.

Chris Boerland schlägt vor, eine kleine Gruppe mit sechs Vertretern (je drei pro Seite) einzusetzen, die eine Entwurfsfassung einer Checkliste sowie den Entwurf eines Projektvorschlags erarbeiten soll, die als vorbereitende Schritte für die gemeinsame Ausarbeitung bewährter

Verfahren sowie Empfehlungen dienen sollen, welche dann vom Ausschuss angenommen werden können.

Bianca Busuioc betont, dass einer der Vorteile eines von der EU finanzierten Projekts darin bestehe, dass die Schlussfolgerungen aus entsprechenden wissenschaftlichen Arbeiten in mehrere Sprachen übersetzt und in diesen Sprachen veröffentlicht werden könnten, wodurch die Sensibilisierung und die Weitervermittlung der Ergebnisse des Projekts gefördert werden. Sie erinnert die Sozialpartner daran, dass die nächste Sitzung im Juni als Vollsitzung stattfinden werde und dass die Arbeitsgruppe bei dieser Gelegenheit einen Entwurf für einen Projektvorschlag zur Annahme durch den gesamten Ausschuss vorlegen solle.

Monique Marti bittet die Arbeitgeber, eine Entwurfsversion des Projektrahmens an die Arbeitnehmervertreter weiterzuleiten, damit dieser im April besprochen werden kann und die Arbeiten möglichst rasch vorangetrieben werden können.

Der belgische Gewerkschaftsvertreter schlägt vor, das Thema der arbeitsmedizinischen Dienste mit einzubeziehen, da hierzu in einigen Mitgliedstaaten interessante Informationen vorliegen.

Italo Rodomonti ist der Auffassung, dass die arbeitsmedizinischen Dienste in einigen Fällen aktiver handeln sollten, allerdings solle der Hauptschwerpunkt auf der Fähigkeit der Sozialpartner liegen, ihre Themen selbst zu definieren und eigene Entscheidungen zu treffen.

3. Verschiedenes

Antonio Marino schlägt vor, Kosmetikerinnen in die Tätigkeit des Ausschusses einzu beziehen, da bestimmte Probleme in beiden Branchen in ähnlicher Form auftreten.

Ray Seymour spricht sich dafür aus, sie gegenwärtig noch nicht hinzuzuziehen, da der Ausschuss bereits zahlreiche spezifische Themen behandeln und dabei Schwerpunkte setzen müsse.

Italo Rodomonti führt aus, dass UNI-Coiffure dafür ist, das Fachwissen von Kosmetikerinnen in der Arbeit des Ausschusses zu berücksichtigen, da er sich auch mit zahlreichen Kosmetika befasst und so wichtige ergänzende Informationen erschlossen werden könnten.

Chris Boerland schließt die Sitzung und dankt den Teilnehmern für die konstruktiven Erörterungen. Die Sekretariate werden die nächsten Schritte gemeinsam abstimmen, damit das Projekt bei der Vollsitzung im Juni genehmigt werden kann.